

A1neu Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Asyl und Menschenrechte

1 Über 1.600 Tote und mehr als 3.500 verletzte Menschen in der afghanischen
2 Zivilbevölkerung. Dies ist die erschreckende Bilanz des ersten Halbjahres von
3 2016.

4 Dennoch hat die Bundesregierung ein Rücknahmeabkommen mit Afghanistan
5 unterzeichnet und im Dezember mit Sammelabschiebungen nach Afghanistan begonnen.
6 Und dies obwohl das Auswärtige Amt seine eigenen Bürger*innen davor warnt nach
7 Afghanistan zu reisen.

8 Begründet werden Abschiebungen nach Afghanistan oft mit sogenannten sicheren
9 Regionen innerhalb des Landes. Die Anschläge auf das deutsche Generalkonsulat in
10 Maser-i-Scharif sowie auch der Anschlag in Kabul müssten uns allen doch auf
11 grausame Weise wieder deutlich gemacht haben, dass es diese sicheren Regionen in
12 Afghanistan leider nicht gibt. Auch der UNHCR spricht in seinem Bericht über
13 Afghanistan von einem "innerstaatlichen Konflikt" der "sich über das gesamte
14 Staatsgebiet erstreckt".

15 Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung und
16 alle Landesregierungen auf, diese Realitäten endlich anzuerkennen. In dieser
17 Situation, in der die Bundesregierung vollkommen an den Gegebenheiten in
18 Afghanistan vorbeiagiert, würden wir uns wünschen, dass alle GRÜNEN mitregierten
19 Landesregierungen Verantwortung übernehmen und keine Abschiebungen vornehmen
20 würden. Denn wer nach Afghanistan abschiebt, der spielt mit der körperlichen
21 Unversehrtheit und dem Leben der Betroffenen.

22 Bisher hat sich Mecklenburg-Vorpommern nicht an den Sammelabschiebungen nach
23 Afghanistan beteiligt. Bündnis 90/Die GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordert
24 Ministerpräsidenten Erwin Sellering und Innenminister Lorenz Caffier auf, sich
25 ein Beispiel an Schleswig-Holstein zu nehmen und sich nicht an diesem Unrecht zu
26 beteiligen.

Begründung

Geht aus dem Antragstext hervor und erfolgt nochmal mündlich auf der LDK.